



DER AUTOR



Prof. Dr. Thomas Straubhaar

Direktor des HWWI

Prof. Dr. Thomas Straubhaar ist Universitätsprofessor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftspolitik, an der Universität Hamburg. 1998 wurde er Direktor des Instituts für Integrationsforschung des Europa-Kolleg Hamburg. Seit 1999 ist er Präsident des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs (HWWA). Seit dem 1. April 2005 ist er Direktor des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts (HWWI).

Seine Forschungsschwerpunkte sind: Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Ordnungspolitik, Bildungs- und Bevölkerungswirtschaft.

EU-HAUSHALT

Das schlechte Ende ist ein guter Anfang

Eine schlechte Nachricht kommt selten allein: Nach dem „Non“ der Bevölkerung zur Verfassung folgte nun das „No“ der Staats- und Regierungschefs zu einem neuen Finanzrahmen für den Haushalt der Europäischen Union (EU). Die politischen Eliten sehen Europa nicht nur in einer Krise, sondern „in einer tiefen Krise“, wie es der amtierende EU-Ratsvorsitzende Jean-Claude Juncker ausdrückte. Könnte die Denkpause für die Verfassung nicht auch als Pause des Nachdenkens über die Zukunft einer europäischen Finanzverfassung genutzt werden? Sie könnte nicht nur, sie müsste!

Es darf doch endlich und ohne falsche Scham gefragt werden, was ein Finanztransfer nach Irland noch soll, wenn Irland längstens vom Armenhaus Europas zum reichsten Land der EU aufgestiegen ist (ohne Luxemburg). Welche Berechtigung hat ein Briten-Rabatt, ausgehandelt zu einer Zeit als die englische Krankheit grassierte, heute noch, da Großbritannien mittlerweile wirtschaftlich zu den gesündesten Ländern Europas zählt? Und schließlich: Welche gesamtwirtschaftlichen Gründe legitimieren die fast 60 Mrd. Euro Beihilfen, die Jahr für Jahr in die europäische Landwirtschaft fließen? Wieso muss Deutschland, dessen Pro-Kopf-Einkommen nur noch wenig über dem Durchschnitt der 25-EU-Länder und bereits unterhalb des Durchschnitts der alten EU-15-Länder liegt, immer noch rund ein halbes Prozent seines BIP nach Brüssel abliefern und zusammen mit den Niederlanden und Schweden die Hauptlast der EU-Umverteilungsmaschinerie tragen? Lange war

es nahezu tabu, diese Fragen auch schon nur laut zu denken. Die Empfängerländer schwiegen, weil sie den warmen Geldsegen aus Brüssel lieber still genießen und nicht durch laute Worte gefährden wollten. Die Geberländer und allen voran Deutschland sahen die Nettozahlungen als Preis für die Vorteile des friedlichen Zusammenwachsens Europas. Ein Argument, das an sich schon mehr als fragwürdig ist. Friede, Sicherheit, offene Märkte und ein gemeinsamer Binnenmarkt sind Ergebnisse, von denen alle profitieren, ganz besonders die kleinen oder schwachen und sicher nicht nur die großen oder reichen Länder. Marktöffnungen im Rahmen einer Wirtschafts- und Währungsunion sind kein Nullsummenspiel, bei dem die einen das verlieren, was andere gewinnen.

Das Gegenteil ist richtig: Ein gemeinsamer Binnenmarkt und ein ungehinderter grenzüberschreitender Austausch von Waren, Dienstleistungen, Arbeitskräften und Kapital hilft Europa insgesamt, auch und gerade um gegenüber den USA und den aufstrebenden asiatischen Ländern wettbewerbsfähig zu bleiben.

Die hohen Nettozahlungen in den gemeinsamen EU-Haushalt wurden auch mit dem abstrakten Hinweis auf die europäische Idee legitimiert. Gut und recht und für viele sicher auch tatsächlich ein Grund, um über eine Umverteilung nachzudenken. Das Drama liegt aber darin, dass die selben Staats- und Regierungschefs, die sonntags den europäischen Geist predigen, werktags der Versuchung nicht widerste-

hen können, eine nationale Interessenpolitik zu verfolgen. Um von den Problemen zu Hause abzulenken, werden Europa und die EU zu Sündenböcken gestempelt. Da werden der Stabilitätspakt hemmungslos verletzt, osteuropäische Arbeitskräfte des Lohndumpings bezichtigt und die Europäische Zentralbank für Wachstumsschwäche oder Beschäftigungslosigkeit verantwortlich gemacht. Da werden nationale Besitzstände, Rabatte, Subventionen und Beihilfen mit Händen und Füßen verteidigt, unabhängig davon, ob das Ergebnis für Europa insgesamt „gut“ oder „schlecht“ ausfällt. Wer alles für seine Wiederwahl als nationaler Staats- oder Regierungschef tut und dabei Europa nur als Mittel zum Zweck im besten Falle für finanzielle oder politische Unterstützung braucht, im schlechteren Falle als Blitzableiter missbraucht, darf sich jedoch nicht wundern, wenn er die Bevölkerung in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, bei hoch verschuldeten nationalen Staatshaushalten und einem sozialen Gürtel, der immer enger zu schnallen ist, nicht für eine europäische Verfassung und schon gar nicht für eine diffuse europäische Solidarität und Zahlungen nach Brüssel gewinnen kann.

Wer den europäischen Haushalt zuallererst als Umverteilungsmechanismus versteht, mit dem historisch gewachsene Besitzstände finanziert und bei dem in langen Verhandlungsnächten um politisch definierte Ein- und Auszahlungen zugunsten nationaler Interessengruppen gepokert wird, liegt falsch.

Vielleicht wird den Staats- und Regierungschefs nach langem hin und her noch einmal ein mehr schlechter als rechter Kompromiss gelingen. Das wird aber nicht genügen, „um die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen“, wie es vollmundig die Lissabon-Strategie deklariert hatte. Besser wäre es, das Ende der Einigung um die Zukunft des EU-Haushaltes als Anfang für eine Neuorientierung einer europäischen Finanzverfassung zu nehmen.

Wenn die EU auch als ökonomische Einheit vorankommen will, muss sie ihren Finanzhaushalt stärker nach den Grundprinzipien des Föderalismus ausrichten. Dazu gehört eben nicht nur das Subsidiaritätsprinzip, dass also Europa nur dann Aufgaben an sich reißt, wenn kleinere Einheiten, wie einzelne Länder, Regionen oder Gemeinden nicht in der Lage sind, öffentliche Güter und Dienstleistungen in der richtigen Qualität und Menge zur Verfügung zu stellen. Mit dem Subsidiaritätsprinzip untrennbar verbunden und für ein gutes Gelingen einer effizienten Arbeitsteilung zwischen der regionalen, nationalen und europäischen Ebene eher noch wichtiger ist das Äquivalenzprinzip. Das Äquivalenzprinzip verlangt, dass wer befiehlt, auch zahlt. Im Umkehrschluss gilt, dass wer zahlt, auch befehlen darf. Das bedeutet ebenso, dass ein Land zunächst mit seinen eigenen Einnahmen all' jene Ausgaben zu finanzieren hat, die nur den eigenen Staatsangehörigen zugute kommen. Dazu gehört auch, Transfers und Subventionen zu stoppen, wenn die ursprüngliche Legitimation weggefallen ist. Ebenso darf nicht sein, was viele in Deutschland zu recht ärgert, nämlich, dass sich EU-Empfängerländer nicht zuletzt der Zahlungen aus Brüssel wegen, wie beispielsweise Irland, aber auch einige der neuen mittel- und osteuropäischen EU-Länder, tiefe Steuersätze erlauben können, um so für ausländische Unternehmen attraktiv zu werden, die höheren Steuersätzen zu Hause ausweichen wollen.

Was Europa anstreben sollte, ist eine Finanzverfassung, die den Wettbewerb der Systeme fördert. Der Wettbewerb darf nicht – wie heute – darin bestehen, im nationalen Rennen um die Brüsseler Fördergelder und Subventionen möglichst erfolgreich zu sein.

Eine EU-Finanzverfassung soll die Suche nach neuen und besseren nationalen Lösungen sowie alternativen Ausgestaltungen staatlicher Angebote fördern. Sie soll Maßstäbe für eine gute nachhaltige Finanzpolitik setzen und Quervergleiche erleichtern. Sie soll Ausgaben transparenter

und Kosten geringer machen. Sie soll Anreize setzen, damit Länder und Regionen mit einem guten Preis-Leistungsverhältnis ihrer öffentlichen Angebotspakete um Steuerzahler werben und nicht mit Fördergeldern und Subventionsgeschenken aus dem Brüsseler Gemeinschaftshaushalt.

Bei einer Suche nach einer zukunftsfähigen EU-Finanzverfassung müssten die Probleme, die Deutschland mit dem Föderalismus zu Hause hat, Europa eine Warnung sein. Wer das Prinzip verletzt, dass, wer befiehlt auch zahlt, setzt die falschen Anreize. Es werden zu viele europäische Wohltaten verlangt, weil andere die Lasten tragen müssen. Wer die Herstellung gleichartiger Lebensbedingungen mit Struktur- oder Regionalfonds anstrebt, wird am Ende auf Jahrzehnte hinaus einzelne Gebiete nur mit dem Subventionstropf am Leben erhalten. Die Absicht, gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen und zu wahren, wirkt wie eine Einladung, hohe Forderungen an andere zu stellen und torpediert Anreize, durch eine Sparpolitik einen besonders positiven Rechnungsabschluss anzustreben. Das gilt nicht nur für Ostdeutschland. Es gilt auch für Osteuropa. Und da zeigt sich die Perversion politischer Verhaltensweisen vollends: Anstatt nationale Märkte in jeder Hinsicht gegenüber den anderen EU-Mitgliedsländern zu öffnen und den schwachen Ländern zu ermöglichen, durch billigere Produkte und Dienstleistungen und durch geringere Lohnkosten ihre Vorteile voll auszuschöpfen, werden Grenzen dicht gemacht und lieber Almosen verteilt. Wäre es da nicht viel sinnvoller, auf die teure Brüsseler Umverteilungsmechanik zu verzichten und den Menschen aus ärmeren Regionen zu ermöglichen, durch eigene Arbeit und eigene Anstrengungen voranzukommen, aufzuholen und sich an die Spitze Europas zu setzen als durch milliardenschwere Finanztransfers, die man selbst dann nicht mehr abschaffen kann, wenn sie ihre Berechtigung längstens verloren haben?

Der Beitrag ist in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung vom 19. Juni 2005 erschienen.